

1 Einführung	1
1.1 Allgemeines und geschichtlicher Hintergrund	1
1.2 Zweck und Tätigkeitsbereich der Lohnsteuerhilfvereine	5
Literatur	8
2 Die Beratungsbefugnis der Lohnsteuerhilfvereine (§ 4 Nr. 11 StBerG)	9
2.1 Gesetzliche Grundlagen der Hilfeleistung in Steuersachen	9
2.2 Rechtsentwicklung der Beratungsbefugnis	12
2.3 Abgrenzung der Beratungsbefugnis nach den Einkünften	17
2.3.1 Kernbereich der Hilfeleistung – originäre Arbeitnehmereinkünfte	17
2.3.2 Die Beratungsbefugnis ausschließende Einkünfte	20
2.3.2.1 Gewinneinkünfte	20
2.3.2.2 Ausnahme: Steuerfreie Einnahmen	21
2.3.2.3 Umsatzsteuerpflichtige Einnahmen	25
2.3.2.4 Zeitbezogene Prüfung der Beratungsbefugnis, Verlustabzug	27
2.3.2.5 Praxisfälle zur Beratungsbefugnis	27
Zusammenfassung	33
2.3.3 Beratungsbefugnis bei weiteren Überschusseinkünften	33
2.3.3.1 Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	34
2.3.3.2 Einkünfte aus Kapitalvermögen	35
Zusammenfassung	38
2.3.3.3 Sonstige Einkünfte	38
2.4 Umfang der Hilfeleistung	39
2.4.1 Steuerberatung	39
2.4.2 Arbeitgeberaufgaben	41
2.4.3 Hilfe im Feststellungsverfahren	42

2.4.4	Beratungsbefugnis bei Nebenleistungen	43
2.4.4.1	Zulässige Hilfe nach dem StBerG.	43
2.4.4.2	Nebenleistungen auf anderen Rechtsgebieten	44
2.4.4.3	Einzelfälle	45
2.4.5	Beratung ausschließlich für Mitglieder	49
2.5	Die Überschreitung der Beratungsbefugnis und deren Folgen	50
	Literatur.	55
3	Das Werberecht der Lohnsteuerhilfvereine (§ 8 StBerG)	57
3.1	Der Inhalt der gesetzlichen Ermächtigung.	59
3.2	Der Inhalt der zulässigen Werbung	60
3.2.1	Nennung des Werbenden	61
3.2.2	Hinweis auf das eigene Leistungsangebot.	62
3.2.3	Hinweis auf das Erfordernis der Mitgliedschaft	71
3.2.4	Eröffnung einer Möglichkeit zur Kontaktaufnahme – Zulässiger Inhalt	73
3.2.5	Werbung um die Erteilung eines Auftrages im Einzelfall	75
3.3	Wichtige Einzelfälle.	77
3.3.1	Verwendung von Werbeslogans	77
3.3.2	Werbegeschenke und Informationsveranstaltungen.	80
3.3.3	„Rollende Werbung“	81
3.3.4	Werbung mit dem Preis/Mitgliedsbeitrag	83
3.3.5	Werbung im Internet und in sozialen Netzwerken.	86
3.3.6	Werbung durch Sponsoring	92
3.3.7	Vortragsveranstaltungen in der Beratungsstelle/Tag der offenen Tür.	92
3.3.8	Werbung auf Messen oder Verbraucherausstellungen	93
3.3.9	Hinweise auf Zertifizierungen	94
3.3.10	Hinweise auf Bürogemeinschaften und Kooperationen mit Steuerberatern oder Steuerberatungsgesellschaften.	96
3.4	Europarechtliche Auswirkungen auf die Werbefugnis der Lohnsteuerhilfvereine.	98
3.5	Rechtsfolgen bei Überschreitung der Werbefugnis	100
	Literatur.	103
4	Lohnsteuerhilfvereine als Selbsthilfeeinrichtung von Arbeitnehmern (§ 13 StBerG).	105
4.1	Der Begriff in der Selbsthilfeeinrichtung.	105
4.2	Die Sonderstellung der Lohnsteuerhilfvereine.	109
4.2.1	Die Rechtsform als nicht wirtschaftlicher Verein im Sinne des § 21 BGB.	109
4.2.2	Freier Beruf oder gewerbliche Tätigkeit	111

4.3	Das Mitgliedschaftserfordernis	114
4.3.1	Begründung der Mitgliedschaft	114
4.3.2	Verlust der Mitgliedschaft, Kündigung	118
4.3.3	Fristlose Kündigung der Mitgliedschaft	120
4.3.4	Beratung von Angehörigen der Vereinsmitglieder	121
4.3.5	Der Kauf eines „Mitgliederstammes“	123
4.4	Der Mitgliedsbeitrag	124
4.4.1	Der Mitgliedsbeitrag als pauschaliertes Leistungsentgelt	124
4.4.2	Das Kostendeckungsprinzip und seine Auswirkungen auf den Mitgliedsbeitrag	126
4.4.3	Die Erhebung des Mitgliedsbeitrages durch den Lohnsteuerhilfeverein	131
	Literatur	137
5	Die Anerkennung der Lohnsteuerhilfevereine durch die Aufsichtsbehörden (§§ 14 ff. StBerG)	139
5.1	Allgemeine Grundsätze	139
5.2	Die Anforderungen an die Satzung des Lohnsteuerhilfevereins	142
5.2.1	Aufgabenbereich (§ 14 Abs. 1 Nr. 1 StBerG)	142
5.2.2	Sitz und Geschäftsleitung des Vereins (§ 14 Abs. 1 Nr. 2 StBerG)	143
5.2.3	Vereinsname ohne besonderen Werbecharakter (§ 14 Abs. 1 Nr. 3 StBerG)	144
5.2.4	Sicherstellung einer sachgemäßen Hilfeleistung in Steuersachen (§ 14 Abs. 1 Nr. 4 StBerG)	145
5.2.5	Kein besonderes Entgelt neben den Mitgliedsbeiträgen (§ 14 Abs. 1 Nr. 5 StBerG)	146
5.2.6	Zwingende Anwendbarkeit bürgerlich-rechtlicher Vorschriften (§ 14 Abs. 1 Nr. 6 StBerG)	148
5.2.6.1	Bestellung und Geschäftsführung des Vorstandes, § 27 BGB	148
5.2.6.2	Rechte der Mitgliederversammlung, § 32 BGB	149
5.2.6.3	Satzungsänderung, § 33 BGB	150
5.2.7	Verträge mit Vorstandsmitgliedern und deren Angehörigen (§ 14 Abs. 1 Nr. 7 StBerG)	151
5.2.8	Sicherstellung einer regelmäßigen Mitgliederversammlung und Unterrichtung der Mitglieder (§ 14 Abs. 1 Nr. 8 StBerG)	152
5.3	Nachweis einer Haftpflichtversicherung (§ 14 Abs. 2 StBerG)	155
5.4	Vornahme von Satzungsänderungen (§ 15 Abs. 3 StBerG)	158
5.4.1	Vereinsrechtliche Voraussetzungen	158
5.4.2	Aufsichtsrechtliche Voraussetzungen	159
	Literatur	160

6	Rücknahme und Widerruf der Anerkennung (§ 20 StBerG)	161
6.1	Rücknahme der Anerkennung durch die Aufsichtsbehörde	161
6.2	Widerruf der Anerkennung	164
6.2.1	Nachträglicher Wegfall der Voraussetzungen (§ 20 Abs. 2 Nr. 1 StBerG)	165
6.2.2	Satzungswidrige tatsächliche Geschäftsführung (§ 20 Abs. 2 Nr. 2 StBerG)	166
6.2.3	Unsachgemäße Hilfeleistung bzw. nicht ordnungsgemäße Geschäftsführung (§ 20 Abs. 2 Nr. 3 StBerG)	167
6.3	Verwaltungsverfahren und Rechtsbehelfsmöglichkeiten	170
6.3.1	Zuständigkeit	170
6.3.2	Verwaltungsverfahren	170
6.3.3	Vorgerichtliche Rechtsschutzmöglichkeiten	170
6.3.4	Gerichtlicher Rechtsschutz	171
6.3.5	Aufschiebende Wirkung	171
6.4	Rechtsfolgen der „Auflösung“ des Lohnsteuerhilfvereins	172
6.4.1	Abwicklung schwebender Steuerfälle und deren Vergütung	172
6.4.2	Verbleib der Handakten	175
6.4.3	Vereinsrechtliche Liquidation	176
6.4.4	Ansprüche von Mitgliedern	178
	Literatur	179
7	Die Geschäftsprüfung der Lohnsteuerhilfvereine (§ 22 StBerG)	181
7.1	Grundsätze	181
7.2	Umfang der Prüfung	182
7.2.1	Wirtschaftliche Situation des Lohnsteuerhilfvereins	182
7.2.2	Übereinstimmung der tatsächlichen Geschäftsführung mit den satzungsmäßigen Aufgaben	185
7.3	Die Mitteilung des Prüfungsergebnisses	186
7.4	Durchführung der Prüfung	187
7.5	Pflichten und Haftung der Geschäftsprüfer	189
	Literatur	190
8	Die Durchführung der Hilfeleistung in Steuersachen (§ 23 StBerG)	191
8.1	Der Begriff der Beratungsstelle	191
8.2	Weitere Beratungsstellen	196
8.3	Der Beratungsstellenleiter	198
8.3.1	Qualifikationsanforderungen	199
8.3.2	Persönliche Eignungsvoraussetzungen	206
8.4	Das Eintragungsverfahren	209
8.5	Das Rechtsverhältnis zwischen Beratungsstellenleiter und Lohnsteuerhilfverein	213

8.5.1	Der Beratungsstellenleiter als Angestellter des Lohnsteuerhilfevereins	213
8.5.2	Der Beratungsstellenleiter als freier Mitarbeiter	215
8.6	Weitere Mitarbeiter in den Beratungsstellen	219
	Literatur.	220
9	Die Haftung der Lohnsteuerhilfevereine (§ 25 StBerG)	221
9.1	Die Haftung für Beratungsfehler und Pflichtverletzungen	221
9.2	Kein Haftungsausschluss bei Beratungsfehlern	227
9.3	Die Verjährung von Schadensersatzansprüchen	228
9.3.1	Die gesetzlichen Verjährungsregeln	228
9.3.2	Beginn der Verjährungsfrist	229
9.3.3	Verjährungsbestimmungen in der Satzung der Lohnsteuerhilfevereine	231
9.3.4	„Sekundäransprüche“ bei Lohnsteuerhilfevereinen	233
9.4	Die praktische Durchführung der Regulierung von Schadensfällen	234
	Literatur.	236
10	Allgemeine Pflichten der Lohnsteuerhilfevereine (§ 26 StBerG)	237
10.1	Die Pflicht zur sachgemäßen Hilfeleistung in Steuersachen	237
10.1.1	Sachgemäße Hilfeleistung in Steuersachen	238
10.1.2	Gewissenhafte Hilfeleistung	241
10.1.3	Verschwiegenheitspflicht	244
10.1.4	Pflicht zum Verzicht auf berufswidrige Werbung	245
10.2	Das Verbot anderer wirtschaftlicher Tätigkeiten (§ 26 Abs. 2 StBerG)	246
10.3	Die Pflicht zur Überwachung der Mitarbeiter	250
10.4	Die Pflicht zur Aufbewahrung der Handakten	252
10.5	Die Zulässigkeit von Bürogemeinschaften und Kooperationen	258
10.5.1	Voraussetzung für die Zulässigkeit von Bürogemeinschaften	259
10.5.2	Zulässigkeit von Kooperationen	261
10.6	Die Pflichten der Lohnsteuerhilfevereine nach dem Geldwäschegesetz	262
10.6.1	Risikoanalyse	262
10.6.2	Interne Sicherungsmaßnahmen	263
10.6.3	Besondere Sorgfaltspflichten und Meldepflicht	264
	Literatur.	266
11	Die Aufsichtsbehörden und ihre Funktion (§ 27–30 StBerG)	267
11.1	Zuständige Aufsichtsbehörden	267
11.2	Die Befugnisse der Aufsichtsbehörden	268
11.3	Die Mitteilungspflicht anderer Finanzbehörden	270
11.4	Die Pflicht zum Erscheinen vor der Aufsichtsbehörde (§ 28 Abs. 1 StBerG)	272

11.5	Schließung einzelner Beratungsstellen durch die Aufsichtsbehörde (§ 28 Abs. 3 StBerG)	275
11.6	Die Teilnahme der Aufsichtsbehörde an Mitgliederversammlungen.	276
11.6.1	Inhalt der Teilnahmebefugnis.	276
11.6.2	Die Pflicht zur Unterrichtung der Aufsichtsbehörde	278
11.6.3	Rechtsfolgen bei Verstößen gegen die Pflichten aus § 29 Abs. 1 und 2 StBerG	279
11.7	Das Verzeichnis der Lohnsteuerhilfvereine bei den Aufsichtsbehörden (§ 30 StBerG)	279
11.8	Die Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über die Lohnsteuerhilfvereine (DVLStHV)	281
	Literatur.	286
12	Lohnsteuerhilfvereine im Zeitalter der Digitalisierung.	289
12.1	Identitätsfeststellung der Mitglieder	290
12.2	Abläufe in der Beratungsstelle.	292
12.2.1	Verwendung und Speicherung elektronischer Belege	292
12.2.2	Verifikation der Steuererklärung durch den Steuerpflichtigen	295
12.3	Pflichten bei der Übermittlung von Vollmachtsdaten	298
12.4	Elektronische Alternativen zur Präsenzberatung in der Beratungsstelle.	300
	Literatur.	303
13	Ausblick	305
13.1	Die Zukunft der Lohnsteuerhilfvereine	305
13.2	Qualitätssicherung bei Lohnsteuerhilfvereinen	309
13.3	Inhalt der DIN 77700 „Dienstleistungen der Lohnsteuerhilfvereine“ . . .	310
13.4	Anwendungsbereich der Norm	311
13.5	Zertifizierung	312
13.6	Nutzen der Zertifizierung	315
13.7	Rechtsform der Vereine	316
	Literatur.	317
14	Anhang	319
14.1	Anhang 1: Mustersatzung für Lohnsteuerhilfvereine.	319
14.2	Anhang 2: Übersicht zu Meldepflichten und Fristen für Lohnsteuerhilfvereine.	326
14.3	Anhang 3: Muster Geschäftsprüfungsbericht	328

14.4	Anhang 4: Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über die Lohnsteuerhilfevereine (DVLStHV)	334
14.4.1	Erster Teil: Anerkennung als Lohnsteuerhilfverein	334
14.4.2	Zweiter Teil: Beratungsstellen, Beratungsstellenleiter	335
14.4.3	Dritter Teil: Verzeichnis der Lohnsteuerhilfevereine	335
14.4.4	Vierter Teil: Haftpflichtversicherung	337
14.5	Anhang 5: Muster für Angaben zum Impressum und für Werbeanzeigen zur Mitgliedergewinnung	339
14.5.1	Muster zum Impressum	339
14.5.2	Muster für Werbeanzeigen	340
	14.5.2.1 Ausführliche Darstellung des Leistungskatalogs:	340
	14.5.2.2 Kurzfassung mit eingeschränktem Leistungsangebot:	341
	Stichwortverzeichnis	343